

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 18 (1977)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Zeichen setzen statt kopieren : die Kirche in der DDR nach dem "Fall Brüsewitz"  
**Autor:** Seiler, J. Jürgen  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094896>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Die Kirche in der DDR nach dem «Fall Brüsewitz»

## Zeichen setzen statt kopieren

### Schluss des Berichtes von Pfarrer J. Jürgen Seiler

Weit mehr als im Westen ist der Freitod von Oskar Brüsewitz letztes Jahr in der DDR selbst als Symptom begriffen worden. Denn die Anfechtung der blossen Staatsfrömmigkeit hatte innerhalb der dortigen Kirche schon eingesetzt. Deshalb konnte das Fanal («Feuerzeichen») von 1976 als gesellschaftlich relevanter Anstoss zur kirchlichen Selbstbestimmung erkannt werden und nicht bloss als individuelle Tragödie oder a-typische Peinlichkeit.

Seit nunmehr 30 Jahren ostdeutscher Kirchengeschichte gibt es Männer und Frauen, die zeichnerhaft und hin und wieder unter grossen persönlichen Opfern die «Sache mit Gott» einem opportunistischen Leben mit sozialistischem Anstrich vorgezogen haben. Einer von ihnen ist Oskar Brüsewitz. Wie die vergangenen Monate gezeigt haben, war er nicht der Letzte.

Die republikweite Anteilnahme am Freitod jenes Pfarrers verriet verborgene Sehnsucht nach einem klaren und befreienden Wort in der Enge parteipolitischen Wohlverhaltens. Im Bericht der zuständigen Magdeburger Kirchenleitung wird «die fast durchweg vorhandene Bereitschaft» erwähnt, «diese Tat (die Selbstverbrennung) zu akzeptieren und sich mit ihr zu identifizieren».

«Die Zeichenhandlung vom 18. August hatte gerade in ihrer Mehrdeutigkeit die Wirkung und schuf die Möglichkeit, dass Menschen mit unterschiedlichsten gesellschaftlichen Leiderfahrungen — oft genug mühsam durch Jahre hindurch unter der Lebensoberfläche gehalten — sich auf einmal in diesem Geschehen wiederfinden und verstanden und auf sich aufmerksam gemacht fühlen können.»

So war für die Kirchenleitungen in der DDR jenes Geschehen von Zeit zu weiterer Anstoss zur Selbstbesinnung über den Weg der «Kirche im Sozialismus».

Auf der 2. Synodaltagung 1970 in Potsdam-Herrmannswerder hatte es im Kirchenleitungsbericht geheissen:

«Der Bund wird sich als eine Zeugnis- und Dienstgemeinschaft von Kirchen in der sozialistischen Gesellschaft der DDR bewähren müssen.» Auf jener Tagung wurden drei Schwerpunkte für die weitere Arbeit genannt: Gott — der Mitmensch — Verzicht auf eigene Privilegien. Damit hatten die Kirchen schon zu erkennen gegeben, dass sie nicht gewillt waren, dem Parteianspruch auf Gefolgschaft zu entsprechen, und ihrerseits verantwortlich in der Gesellschaft tätig sein wollten.

Das SED-Politbüromitglied Verner forderte am 28. Februar 1971 die Christen auf, sich «dauerhaft und unabänderlich auf die Bedingungen des sozialistischen Gesellschaftssystems» einzurichten. Dem fügte aber der norddeutsche Bischof Dr. Rathke erklärend hinzu: «Christus will mit seiner Gemeinde für jeden anderen da sein und nicht bei einer Gruppe, einer Partei stehenbleiben.» Die Kirche werde ihren Dienst «in dieser so geprägten Gesellschaft, nicht neben ihr, nicht

gegen sie» ausüben. Zugleich verwies Rathke darauf, dass «die Botschaft der Kirche nicht von dem Menschen und seiner gesellschaftlichen Bindung bestimmt» wird. Und der Görlitzer Bischof verdeutlichte 1972, dass wir wohl «bewusst Kirche im Sozialismus, aber nicht unter ihm und in seinem Geist» sein werden.

Einen markanten Punkt in der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche setzte Dr. Falcke mit seinem Referat über Freiheit und Dienst aus Anlass der Dresdner Synode 1972.

Falcke verwahrte sich gegen die Alternative zwischen totaler Zustimmung und totaler Ablehnung der gesellschaftlichen Situation. «So werden wir frei von der Fixierung auf ein Selbstverständnis des Sozialismus, das nur noch ein pauschales Ja oder ein ebenso pauschales Nein zulässt. Christus befreit aus der lähmenden Alternative zwischen prinzipieller Antistellung und unkritischem Sichverneinnehmenlassen zu konkret unterscheidender Mitarbeit.»

Damit wurde eine Denkrichtung deutlich, die bis heute aktuell ist: die Kirche sieht sich als Beauftragte Jesu Christi für die Menschen ihrer Umwelt, auch und trotz sozialistischen Bedingungen.

*Schon 1972: Ein Ja zur Kirche im Sozialismus. Ein Nein zur Kirche unter ihm.*

Damit stellt sie sich dem Evangelium und betrachtet die DDR-Gesellschaft als konkretes Missionsfeld.

«Die Kirche kann sich nicht auf die Pflege der Vergangenheit und das rein Kultische beschränken und sich in ihrem öffentlichen Zeugnis auf den angenehmen Teil der Wahrheit angrenzen lassen.» (Fränkel 1973)

Im Gegenteil, der Prediger des Evangeliums müsse auch zu öffentlichen Fragen das Wort ergreifen und sich einsetzen für Leidende, Entrechtete und Minderheiten, «die es in jeder Gesellschaft gibt». Allein durch Existenz und Zeugnis seien ja Kirche und Christen ein Politikum.

«Die freundliche Mahnung, dass die Kirche doch bei ihrer Sache, der Ausrichtung der biblischen Botschaft bleiben möchte, ist immer dann höchst fragwürdig, wenn sie von dem dringenden Wunsch geleitet wird, sich in seinen Existenzbereichen jede Störung durch das Wort Gottes vom Leibe zu halten. Besonders peinlich wird die Sa-

che, wenn sich der Wunsch nach systemgebundener politischer Rede mit der Ermahnung der Beschränkung auf das ‚rein Religiöse‘ verbindet.»

So hat sich die Kirche auf den Weg zur Freiheit von parteipolitischer Abhängigkeit gemacht und ist doch zugleich dauernd davon bedroht.

Falcke ermutigte 1972 seine Mitchristen zur Unbefangenheit im Umgang mit Marxisten und zum Abstreifen von Vorurteilen. Denn auch die sozialistische Gesellschaft stehe «unter der Herrschaft des befreienden Christus».

Solche ermutigende Sätze von Falcke und Fränkel haben sich für die weitere kirchenpolitische Situation in der DDR als hilfreich erwiesen. Der Magdeburger Bischof Krusche begibt sich auf die Suche nach dem «Heil heute» und findet es dort, wo Menschen in der Nachfolge Jesu die Freiheit gewinnen, trotz eigenen Nachteilen sich für andere einzusetzen. Er versteht Freiheit nur unter dem Blickwinkel der verheissenen Zukunft und Gottesgemeinschaft. Solche Freiheit ermutige zu konkretem Handeln. Diese Haltung führe nicht automatisch zu einer Gegenideologie, wohl aber zu dauernder Rückfrage und Korrekturbereitschaft durch das Evangelium von Jesus.

Diese Freiheit kann zu einer Gelassenheit führen, die Wirklichkeitsverlust und Angstkomplex vieler DDR-Bürger einschliesslich ihrer Parteiführung überwinden hilft.

«Das Recht, eine abweichende Meinung zu vertreten, bewahrt eine Gemeinschaft oder ein System vor autoritärer Erstarrung.» Und Bischof Fränkel greift einen der wunden Punkte in der DDR-Gesellschaft auf: «Als die Boten der Liebe Gottes sollten wir Christen nicht müde werden, auf die ernsten Folgen jeder Erziehung zum Hass hinzuweisen.» Die Pfarrer seiner Landeskirche ermutigt Bischof Krusche:

«Wir sind dazu berufen, seinen (Jesu) Fussspuren nachzufolgen. Mit jedem Schritt, den wir hinter ihm hergehen (...), prägt er sich uns ein, wandelt sich etwas in unserem Leben. Wir lernen bei und von ihm, Freiheit zu opfern, Recht preiszugeben, das Geringe zu tun, Gott unseren Willen auszuliefern, vor der Not des anderen haltzumachen, uns kränken zu lassen, denen zu vergeben, die uns Leid zufügen. Jeder Schritt mit ihm ist ein Schritt in die Freiheit, in den weiten Raum des Lebens, den er am Ostermorgen eröffnet hat.»

Die Gelegenheiten dazu werden genützt und beachtet: Von Jugendlichen, denen die Kirche in ihrem sozialistischen Alltag interessant wird. Von Kranken, die plötzlich ein Diakonissen-Krankenhaus entdeckt haben. Von Eltern, deren geisteskrankes Kind im Heim der Kirche einen Platz findet. Von Abteilungsleitern, die eines Tages einen zuverlässigen Mitarbeiter ausfindig machen: dieser ist Christ.

Im Hochhaus beginnt eine Familie mit der Hauskreisarbeit. Die Nachfrage nach der «Guten Nachricht»-Übersetzung ist gross. Eine Gemein-

de baut aus Garagenteilen in freiwilligen Einsätzen und aus Spendemitteln ein kleines Gemeindezentrum. «Die uns auferlegten Beschränkungen kirchlicher Wirkungsmöglichkeiten führen zur Besinnung auf das, was unvertretbar allein die Kirche zu sagen und zu tun hat.»

Von der marxistischen Geschichtstheorie als unzeitgemäß und demzufolge als gesellschaftsfremd

### *Christentum und Sozialismus: Was ist wessen Missionsfeld?*

dargestellt, musste die Kirche im Laufe der vergangenen Jahre einen Vertrauensschwund in Kauf nehmen, weil ihre Daseinsberechtigung nicht mehr selbstverständlich war. Aber im Zerbrechen des Alten haben die Christen verborgene Chancen der Weiterarbeit entdeckt. «Christen in kleiner Zahl sind in der Öffentlichkeit um so aufregender.»

Nach einer langen Phase von Diskriminierungen vor allem von Kindern und Jugendlichen christlicher Eltern konnten die Kirchenleitungen fest-

stellen, dass «offenkundige Benachteiligungen ... gegenwärtig seltener» geworden seien.

Schliesslich erfuhr der Vorsitzende der Konferenz der Kirchenleitung, Bischof Schönherr, im Juni 1976 von der Möglichkeit, kirchliche Gebäude in Neubaugebieten zu errichten. Eine gewisse Lockerung im Verhältnis Staat/Kirche war an der Reismöglichkeit kirchlicher Mitarbeiter ins westliche Ausland zu verspüren. In dieser erfreulichen Situation ging eine Nachricht durch die Medien, mit der niemand gerechnet hatte, zumindest nicht im gegenwärtigen Zeitpunkt: Ein evangelischer Pfarrer hat sich selbst verbrannt, aus Protest.

Protest? Wogegen?

Die ersten Fragesteller kamen von der Parteileitung. Wenige Stunden nach der Selbstverbrennung wurde die Ehefrau des Pfarrers orientiert, dass ihr Mann «abnormal veranlagt» gewesen sei. Indem Frau Brüsewitz dieser entwürdigenden Behandlung ihres Mannes ein entscheidendes Nein entgegengesetzte, entlarvte sie die Parteiabsicht als allzu vordergründig.

Der Verstorbene hatte in einem hinterlassenen

Brief an seine Kollegen von einem «(scheinbar) tiefen Frieden» gesprochen, der auch in die Christenheit eingedrungen sei. «Wahrheit und Lüge stehen nebeneinander.»

Was meinte er damit? Deutungen dieser Sätze geben die offiziellen Verlautbarungen kirchlicher Vertreter. In einem ersten Wort an die Gemein-

*Priester, bleib bei deinen Texten! — Meine Texte sind auch für Marxisten da.*

den hat die Magdeburger Kirchenleitung die Tat des Pfarrers verteidigt gegen politische Absichten: «Selbst mit dieser Tat wollte er auf Gott als den Herrn über unsere Welt hinweisen. Er war getrieben von der Sorge, dass unsere Kirche in ihrem Zeugnis zu unentschlossen sei.»

In seiner Abdankungsansprache betont der amtierende Bischof, Propst Bäumler:

«Wir haben Fragen, unruhige, leidenschaftliche, bittere Fragen (...). Es ist die Erfahrung in unserer Kirche, die uns über diesem Grabe mit ausserordentlichem Ernst zur Busse ruft, dass wir uns unterwegs auf den angefochtenen Wegen diesen Zuspruch der Gegenwart Gottes, seine Zusagen, unsere Wege mitzugehen, nicht zu sagen wagen oder es nur unglaublich tun.» Und: «Die Fragen, vor die uns unser Bruder mit seiner Entscheidung (...) stellt, werden wir nicht so schnell beantworten oder gar abschütteln können, Fragen, die uns in unserer geistlichen, in unserer kirchlichen, in unserer politischen und in unserer menschlichen Existenz aufgeschreckt haben.»

Die Synodalsitzung in Züssow hat diese Fragen für ihren weiteren Weg auszuwerten versucht. Um Missverständnissen vorzubeugen, hat Pfarrer Kramer in seinem Arbeitsbericht darauf verwiesen, dass die anstehenden Fragen aus der

*Anregungen im Alltag: die eigen- gesichtige Kirche mit eigenhändigen Werken wird «plötzlich in- teressant».*

Selbstverbrennung für ihn «weder neu noch überraschend gewesen» seien. Aber die anstehenden Probleme hat Oskar Brüsewitz verstärkt ins Bewusstsein der DDR-Bevölkerung gerückt.

Die leitenden Geistlichen unterziehen sich selbst den Anfragen. Sind wir im Entgegenkommen auf staatliche Wünsche zu weit gegangen? «Viele empfinden einen tiefen Graben zwischen den Entscheidungen und Erklärungen der Kirchenleitungen und dem, was die Gemeinde wirklich braucht. Wir haben noch nicht gelernt, füreinander durchschaubar zu handeln und zu reden.» Bischof Krusche bekennt namens der Magdeburger Kirchenleitung: «Für die Kirchenleitung erschreckend war die beinahe durchgängig anzutreffende Meinung, sie nehme mehr Rücksicht auf den Staat als auf die Wahrheit, sie wage aus Aengstlichkeit kein klares, eindeutiges Wort mehr.»

Die Bischöfe nahmen den Vorwurf der «Speichel- leckerei» sehr ernst.

Bischof Hempel, Dresden, hat seinerseits gesagt, «dass durch die Tat von Pfarrer Brüsewitz seit langem aufgestaute Bekümmernisse in unseren

Materialien zu Entwicklung und Politik Nr. 14

Mohammed Saeed Chaudhry

## Der Kaschmirkonflikt

Seine Ursachen, sein Wesen sowie Rolle und Bemühungen der Vereinten Nationen. 3 Bände. XXXV/1.444 Seiten, DM 156,-.

«Angesichts der Reaktualisierung des Kaschmirproblems ist auf die soeben veröffentlichte umfangreiche und eingehende Forschungsarbeit von M. S. Chaudhry hinzuweisen. **Erstmals im deutschen Sprachraum, in dieser Gründlichkeit aber auch einzigartig in der internationalen wissenschaftlichen Literatur**, werden hier die Ursachen, der Verlauf und die weltweiten Zusammenhänge dieser Krise dargestellt, wird eine Fülle dokumentarischen Materials eingearbeitet, die das Werk zum Handbuch und zur Quellensammlung zugleich werden lässt.

Der Verfasser, als Pakistani mit den Problemen des südostasiatischen Raumes ebenso vertraut wie durch langjährige wissenschaftliche Studien in der Bundesrepublik Deutschland in die Forschung eingearbeitet, schöpft in seiner Darstellung unmittelbar aus der Primärliteratur – vor allem aus Sitzungsprotokollen des Welt-sicherheitsrats und zahlreichen Berichten der Vereinten Nationen –, die er minutiös interpretiert und durch Erfahrungen aus persönlichen Interviews ergänzt. Insbesondere geht die Arbeit, die sich zunächst der historischen Genese, den sozialen und ideologischen Bedingungen, dann der Entwicklung und politischen Behandlungen des Problems widmet, auf die Rolle der Vereinten Nationen ein und deren Versuche, in den Kaschmirkonflikt schlichtend einzugreifen. Dabei werden an diesem exemplarischen Fall in besonderer Eindringlichkeit die Möglichkeiten und Grenzen der UN bei der Schlichtung und Lösung internationaler Konflikte evident.

Gerade für den deutschen Leser mag es von besonderem Interesse sein, dass hier der schwierige und bis heute vergebliche Kampf um das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes geschildert, dass die Geschichte und Geschehnisse geteilter Länder untersucht werden: bei aller Unterschiedlichkeit der historischen, geographischen und politischen Konstellation ergeben sich doch aufschlussreiche und bedenkenswerte Parallelen zur deutsch-deutschen Situation.

Begrüßenswert ist insbesondere auch, dass die Studie bis auf den neuesten Stand wissenschaftlicher und politischer Aktualität weitergeführt wurde.»

Süddeutsche Zeitung, München, 16. 2. 1977

WELTFORUM VERLAG, TINTORETTOSTRASSE 1  
8000 MÜNCHEN 19 (GFR)

## Brief an die Gemeinden

verabschiedet von der Konferenz  
der Evangelischen Kirchenleitungen  
in der DDR auf ihrer 44. Sitzung  
am 10./11. September 1976

Die Selbstverbrennung unseres Bruders Pfarrer Oskar Brüsewitz hat eine tiefe Beunruhigung ausgelöst, Erklärungen, Verleumdungen, Richtigstellungen, der Ruf nach Informationen haben viele in Atem gehalten. Im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR sind die Erklärungen der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen mit Zustimmung aufgenommen worden. Sie werden den Gemeinden zugeleitet.

Wir alle sind betroffen. Aus dieser Betroffenheit werden Anfragen laut: an unsere Kirchen, ob in ihnen das Zeugnis von Jesus Christus nicht unentschlossen und ängstlich ausgerichtet wird; an die Kirchenleitungen, ob sie die tatsächlichen Sorgen und Nöte der Gemeinden, Pfarrer und Mitarbeiter entschieden genug aufnehmen und vertreten; an Pfarrer, Mitarbeiter und Gemeinden, ob sie einander tragende Gemeinschaft gewähren; an staatliche Organe, ob Glaubens- und Gewissensfreiheit, besonders für junge Menschen, wirklich Raum bekommt; an die Behandlung des Vorgangs in der Öffentlichkeit, wie sie zusammenstimmt mit Wahrhaftigkeiten und der Würde des Menschen.

Ueber Anfragen und Anklagen darf die Klage zu Gott nicht verstummen, dass ein Bruder diesen Weg ging. Wir wissen nicht, was Bruder Brüsewitz letztlich zu seiner Tat getrieben hat, aber wir haben nicht seine Richter zu sein, sondern den Weg, den er gewählt hat, in Gottes Urteil stehen zu lassen. Gewiss ist, dass er ein Zeuge unseres Herrn Jesus Christus sein wollte.

Als Lehrtext stand über dem 18. August 1976: «Wenn ein Glied leidet, leiden alle Glieder mit.» Die Tat von Bruder Brüsewitz und die Wirkungen, die sie auslöste, zeigen erneut die Spannungen, die durch unsere Gesellschaft gehen, und die Zerreißproben, in die viele gestellt sind. Es wird sichtbar, dass wir dem Leben in unserer Gesellschaft und unserer Kirche nicht dienen, wenn wir Probleme und Widersprüche verdrängen, statt an ihrer Lösung offen mitzuarbeiten. So haben wir dafür einzutreten, dass in unserer Gesellschaft Achtung und Respekt vor der Ueberzeugung des anderen das Zusammenleben und die Zusammenarbeit der Menschen wirklich prägen.

Dazu gehört, dass Christen und Nichtchristen sich gegenseitig ernst nehmen als Partner im Bemühen um die Bewältigung der Probleme und Aufgaben in unserer Welt. Besonders dringlich ist, dass im einheitlichen sozialistischen Bildungssystem eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen wird und Kinder und Jugendliche ungekränkt als Christen leben können. Wir alle sind auch herausgefordert, eindeutiger und überzeugender als bisher unseren Kindern darin zur Seite zu stehen. Ueber die Regelung von Einzelfällen im Bildungssektor hinaus, muss auch eine grundsätzliche Klärung im ganzen erreicht werden. Das Gespräch über diese grundsätzlichen Fragen, um das wir bisher vergeblich gebeten haben, streben die Kirchenleitungen weiterhin an. Wir bitten Eltern und kirchliche Mitarbeiter, auch ihre Gesprächsmöglichkeiten weiterhin zu nutzen.

Durch die Tat von Bruder Brüsewitz sind unüberhörbare Fragen laut geworden, die unter uns nicht ausgetragen worden sind.

Viele Pfarrer, Mitarbeiter und Gemeindeglieder leiden unter dem Kleinerwerden der Gemeinden, unter Gleichgültigkeit und mangelndem Mut. Die grossen Verheissungen der Bibel und die kleine Schar scheinen einander zu widersprechen. Dass die Wirkungen

unseres Zeugnisses so oft verborgen sind, macht uns zu schaffen. Wir wollen diese Fragen gemeinsam und vor allem voneinander ehrlich austauschen und bedenken. Angst und Resignation trüben uns oft den Blick für das, was wir tun können.

Wir haben immer noch nicht genügend Klarheit gefunden für das politische Zeugnis der Kirche und jedes einzelnen Christen in unserer Umwelt.

Viele empfinden einen tiefen Graben zwischen den Entscheidungen und Erklärungen der Kirchenleitungen und dem, was die Gemeinde wirklich braucht. Wir haben noch nicht gelernt, füreinander durchschaubar zu handeln und zu reden.

Wir hoffen, dass die Spannungen in unseren Kirchen, die wir jetzt durchstehen müssen, uns zu neuer Gemeinschaft untereinander führen. Wir können offen miteinander umgehen. Wir brauchen uns unserer Schwächen voneinander nicht zu schämen. Wir dürfen uns den Zusagen Gottes anvertrauen. So werden wir uns gegenseitig zu Schritten der Hoffnung ermutigen. Unser Brief möchte dazu beitragen.

Jesus Christus hat viele Möglichkeiten, uns durch sein lebendiges Wort aus Traurigkeiten und Verkrampfungen, unseren aufgebrauchten Antihaltungen, unseren Lähmungen und Lustlosigkeiten herauszureissen und uns seines Lebens so gewiss zu machen, dass wir seinen Weg getrost mitgehen und sagen können: «In allen Dingen erweisen wir uns als Diener Gottes: in grosser Geduld, in Trübsalen, in Nöten, in Aengsten, ... als die Traurigen, aber allezeit fröhlich, als die Armen, aber die doch viele reich machen, als die nichts haben und doch alles haben.»

(2. Kor. 6, 4 und 10)

Berlin, den 11. September 1976

**Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen  
in der Deutschen Demokratischen Republik**

Gemeinden wie eine Woge herausbrachen». Es seien «Bewegungen des Nachdenkens, der Rückfragen, der Kritik und der Vorwürfe und vor allem der Klage gegenüber der Kirchenpolitik unseres Staates, aber ebenso gegenüber der Haltung der kirchenleitenden Gremien» laut geworden.

Die Verantwortlichen scheuten sich nicht, von Spannungen und «Zerreißproben» in der DDR-

*Protest? Wogegen? Zuerst dagegen, dass er als «abnormal» beiseite gewischt werden soll ...*

Bevölkerung zu sprechen, und forderten von den Staatsvertretern die Verwirklichung der Glaubens- und Gewissensfreiheit für alle Benachteiligten. Zugleich verlangen sie ein Grundsatzgespräch mit den Funktionären über anstehende Erziehungsfragen.

In einem Kanzelwort vom 9. März 1975 hatte der Magdeburger Bischof bereits sehr deutlich von den Problemen gesprochen: «Ihr Eltern, verunsichert eure Kinder nicht durch Aengstlichkeit und Resignation. Lasst euch nicht in die Passivität drängen. Setzt euch nicht nur für eure Kinder ein, sondern kümmert euch um Leistungsschwache und Benachteiligte.»

Aus christlicher Verantwortung für ihr Volk und der Pflicht zum «politischen Zeugnis» lehnen die Geistlichen die «Tabuisierung von Problemen» ab und wollen, statt Probleme und Widersprüche zu verdrängen, «an ihrer Lösung mitarbeiten». Daraus leiteten die Synodalen in Züssow die Pflicht ab, ihr Glaubenszeugnis im Sozialismus trotz allen Widerständen weiterhin abzulegen und sich daran zu erinnern, dass «unser Dienst geschieht in der Kreuzesnachfolge Jesu».

«Das Zeichen, das Oskar Brüsewitz hat aufrichten wollen (...), wird eindeutig, wenn es uns den Anstoss gibt, neu auf das Wort zu hören, das uns zum Dienst des Evangeliums am Ort unserer Gesellschaft sendet und das allein diesen Dienst eindeutig bestimmen, klären und gewiss machen kann.»

*Unsere Meinung*

## Brüsewitz-Zentrum und Politik

Wir hatten in der letzten Nummer (S. 2) beim Bericht von Pfarrer Seidel die kurze Meldung eingeschoben, dass in der BRD die Gründung eines Brüsewitz-Zentrums bevorstehe. Inzwi-

schen hat die geplante Institution (die Eröffnung in Bad Oeynhausen ist für den 18. Juni vorgesehen) in Westdeutschland zu reden gegeben. Die Debatte dreht sich um das Thema Kirche und Politik. Und sie liefert neue Illustrationen zu dem, was wir ebenfalls in der letzten Nummer (S. 10) über Gehemmte und Ungehemmte geschrieben hatten.

Vorweg ein paar Worte zu den Aufgaben, die dem Zentrum von den Initianten zugedacht sind. Es soll überparteilich sein. Es soll Literatur und Materialien über Christen, Kirche und Staat in der DDR sammeln. Es soll Publikationen zu dieser Thematik herausgeben. Es soll Hilfsaktionen für bedrängte Christen unternehmen oder unterstützen.

Das ist ein Programm, das sich jederzeit auch ohne die Bezugnahme auf Pfarrer Brüsewitz rechtfertigen liesse, die in der Namengebung zum Ausdruck kommt. Wie immer sie «an sich» zu bewerten sei: Sie erinnert auf jeden Fall daran, dass es schliesslich um konkrete Menschen in ihrer Not geht. Und dann — daran ist nicht zu zweifeln — offenbart sie sehr betont ein Engagement.

Ist es ein unchristliches Engagement?

Das ist es, was in der BRD aus diesem Anlass zu reden gibt. Der Rat der evangelischen Kirche in